

Bündnis-PM zum internationalen Tag der Armut am 17. Oktober: Armutsgefährdung hat bei Älteren überdurchschnittlich zugenommen – jede fünfte Rentnerin im Land armutsgefährdet

Jede fünfte Frau über 65 ist in Baden-Württemberg inzwischen armutsgefährdet, Tendenz weiter steigend. Darauf weist das Bündnis gegen Altersarmut zum internationalen Tag der Armut am 17. Oktober hin. Damit sind ältere Frauen um über 30 Prozent armutsgefährdeter als der baden-württembergische Schnitt. Aber auch die Männer sind mit 18,3 Prozent betroffen.

Martin Gross, Landesbezirksleiter, ver.di Baden-Württemberg:

„Eine zusätzliche private Vorsorge kann sich schlichtweg nicht jeder leisten. Und wenn der größte Lebensversicherungsanbieter schon keine Garantie mehr dafür gibt, wenigstens die eingezahlten Beiträge auszuzahlen, dann ist die verpflichtende private Altersvorsorge ein totes Pferd, von dem man schnellstens absteigen sollte. Wir müssen stattdessen dafür sorgen, dass die gesetzliche Rentenversicherung für ein Leben in Würde sorgt und eine Grundsicherung im Alter erst gar nicht beantragt werden muss. Menschen müssen während ihres Erwerbslebens unter guten Arbeitsbedingungen mindestens so viel verdienen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das Fundament für ein sorgenfreies Leben im Alter ist.“

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender, Diakonisches Werk Württemberg:

„Menschen die erwerbslos, alleinerziehend, ohne Schulabschluss und/oder Berufsausbildung und einen Migrationshintergrund haben, sind besonders armutsgefährdet. Um sie vor Altersarmut zu schützen, müssen sie mehr Unterstützung erhalten. Frauen leisten dabei in unserer Gesellschaft einen besonders hohen Anteil an Sorgearbeit und verdienen Wertschätzung, die sich im Alter durch eine ausreichende Absicherung ausdrücken muss.“

Roland Sing, Landesverbandsvorsitzender, Sozialverband VdK Baden-Württemberg:

„Die neue Grundrente wird das Problem nicht lösen, dass Menschen im Alter doch auf Grundsicherung angewiesen sind. Die Grundrente ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie muss aber erweitert werden. Schließlich profitieren viele Menschen nicht davon, weil sie zum Beispiel wegen Krankheit oder Behinderung die Voraussetzungen der Grundrente nicht erfüllen. Zudem muss hier die pauschale Kürzung um 12,5 Prozent weg. Denn eines ist sicher: Die oftmals weiterhin nötige Grundsicherung im Alter wird von vielen, die Anspruch darauf haben, gar nicht beantragt. Die Gründe dafür sind verschieden aber gut nachzuvollziehen.“

Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende, DER PARITÄTISCHE Baden-Württemberg:

„Ursachen für steigende Altersarmut gibt es viele, sie liegen zumeist im Wandel des Arbeitsmarkts in den vergangenen 25 Jahren. Teilzeit insbesondere bei Frauen, befristete Verträge oder ein später Einstieg ins Berufsleben zählen etwa dazu. Vor allem aber sind es drei Gründe, die zu einer steigenden Altersarmut beitragen: Unterbrechungen des Berufslebens etwa bei Müttern, prekäre Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich sowie sinkende Renten durch mehrfache Rentenanpassungen aufgrund einer alternden Gesellschaft.“

Roland Saurer, Sprecher der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg:

„Weder der Verbleib von Kindern und Familien in Hartz IV ist gerechtfertigt, noch das erbärmliche Niveau in der Altersarmut ist vertretbar. Was wir brauchen ist eine eigenständige Kinder-Grundsicherung und eine gesetzliche Mindestrente, die deutlich über der Armutsgrenze liegt, um ein Leben in Würde und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Dafür muss sich Baden-Württemberg im Bundestag sowie Bundesrat einsetzen.“

Mit anderen sechs Landesarmutskonferenzen in Deutschland hat die Landesarmutskonferenz am 18. September 2020 in Frankfurt ein "Manifest zur Armut unter Hartz IV - Bedingungen" verabschiedet: "Hartz IV ist Ausgrenzung mit System!"

Hintergrund:

Die Generation 65 plus ist in Deutschland zunehmend von Altersarmut bedroht.

Laut Statistischem Bundesamt (Destatis) stieg der Anteil der über 64-Jährigen, die gemessen am Bundesmedian armutsgefährdet sind, in den vergangenen 15 Jahren um 4,7 Prozentpunkte auf 15,7 Prozent im Jahr 2019. In keiner anderen Altersgruppe war der Anstieg seit dem Jahr 2005 so groß. Insgesamt stieg die Armutsgefährdungsquote im selben Zeitraum um 1,2 Prozentpunkte auf 15,9 Prozent. Die Armutsgefährdungsquote, ein Indikator zur Messung der relativen Einkommensarmut, war für Personen über 64 Jahre somit im Jahr 2019 annähernd genauso hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg veröffentlicht folgende Zahlen:

2019 verfügten 15,6 Prozent der Menschen über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Baden-Württemberger und galten damit als armutsgefährdet. 2011 hatte der Wert noch bei 14,5 Prozent gelegen. Mit der Zunahme der Armutsgefährdung seit 2011 um rund einen Prozentpunkt lag Baden-Württemberg ungefähr im Bundestrend. Frauen waren 2019 mit 16,6 Prozent häufiger armutsgefährdet als Männer (14,5 Prozent). Die Altersgruppe der 18 bis 25-Jährigen, die sich häufig noch in Ausbildung befinden, ist ebenfalls überdurchschnittlich armutsgefährdet (24,6 Prozent).

Armutsgefährdung bei der Generation 65 plus hat überdurchschnittlich zugenommen

Die Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zeigen ebenfalls, dass die Armutsgefährdung bei der älteren Generation 65 plus überdurchschnittlich zugenommen hat. Sie waren zu 18,2 Prozent armutsgefährdet. Bei Frauen ab 65 Jahren trifft dies sogar 20,3 Prozent.

Infos zum Bündnis unter:

[www.buendnis-gegen-altersarmut.de](http://www.buendnis-gegen-altersarmut.de)